



Mehr Spielraum, neue Chancen

Politik für eine starke Industrie

Kernforderungen des VDMA
zur Bundestagswahl 2021



Mehr Spielraum, neue Chancen



Die Bundestagswahl 2021 wird – wie sollte es anders sein – thematisch und emotional von den Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung bestimmt. Auch dem Maschinen- und Anlagenbau geht es darum, möglichst schnell aus dem Krisen-Modus wieder herauszukommen. Die gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft lautet: Wie gestalten wir die ökonomische Welt in der Post-Pandemie-Zeit?

Corona hat gleichzeitig viele Probleme überschattet, die durch mangelnde Aufmerksamkeit eher größer statt kleiner geworden sind. Ich denke dabei vor allem an zwei übergeordnete Themen, die auf meiner persönlichen Agenda als VDMA-Präsident stehen: Europas Position in der Welt und der Kampf gegen den Klimawandel. Dabei lasse ich mich von zwei politischen Grundsätzen leiten. Erstens: Den wachsenden nationalen Egoismen müssen wir ein Bekenntnis für Offenheit, Kooperation und Freihandel entgegensetzen. Zweitens: Das Klimaschutzabkommen von Paris wird nur dann erfolgreich sein, wenn Wirtschaft und Politik ihre Mittel effizient einsetzen und wir neue Technologien in ihrer Vielfalt zur Wirkung bringen! Eine große gesellschaftliche Aufgabe wird dabei der durch Digitalisierung und Mobilitätswende ausgelöste Strukturwandel sein, den allen voran der Maschinenbau gestalten wird.

Mit den Kernforderungen des VDMA an die Politik verknüpfe ich einen direkten Appell an Sie: lassen Sie sich bei Ihren wirtschafts- und industriepolitischen Entscheidungen von marktwirtschaftlichen Grundsätzen leiten! Geben Sie den Unternehmen am Standort Deutschland mehr Freiraum, damit sie in Europa und weltweit ihren Beitrag zur Gestaltung einer besseren Zukunft leisten können! Wir werden Ihren politischen Wettbewerb begleiten – kritisch, konstruktiv und immer gesprächsbereit.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Karl Haeusgen'. The signature is stylized and fluid.

Karl Haeusgen
VDMA-Präsident

Mittelstandspolitik für mehr Freiheit

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist mittelständisch geprägt, stark exportorientiert und innovativ. Viele der Unternehmen sind Weltmarktführer und gleichzeitig mit ihrer Region verbunden. Ihr Erfolgsrezept ist u.a. die anwendungsnahe Entwicklung von Lösungen für den Klimaschutz, den Wandel der Antriebstechnologien, die Kreislaufwirtschaft sowie die Digitalisierung der Produktion.

Die häufig familiengeführten Unternehmen haben im Durchschnitt weniger als 200 Beschäftigte. Das stellt sie im internationalen Wettbewerb vor besondere Herausforderungen, die sich durch die Corona-Pandemie noch verschärft haben.

Die neue Bundesregierung ist gefordert, die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittelständischen Unternehmen zu stärken. Marktbasierte Instrumente, Technologieoffenheit und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen sind die Voraussetzung dafür. Ein Belastungsmoratorium hilft dabei, Bürokratie abzubauen und aus der Corona-Krise gestärkt hervorzugehen. Bund und Länder müssen ihre öffentliche Verwaltung modernisieren, d.h. Berichtspflichten reduzieren, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, Abläufe digitalisieren und vereinfachen (Unternehmens-ID).

Wir fordern daher konkret:

- dass Deutschland die Initiative zur Einsetzung eines Mittelstandsbeauftragten auf Ebene der EU-Kommission ergreift. National muss der Grundsatz der 1:1-Umsetzung europäischen Rechts gelten. Sogenanntes „Gold Plating“ schafft Wettbewerbsnachteile ohne Zusatznutzen.
- die Modernisierung des AGB-Rechts, so dass internationale übliche Vertragsklauseln auch nach deutschem Recht vereinbart werden können.
- die Öffnung des förderfähigen Aufwands der steuerlichen Forschungsförderung, die dem Gebot der Technologieneutralität folgt, sowie die Verankerung von Transferplattformen in der Verbundforschung und den Ausbau der Industriellen Gemeinschaftsforschung.

Klimapolitik für mehr Innovationen

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau bietet die technischen Lösungen für eine gelingende Klima- und Energiezukunft! Wir begrüßen und unterstützen den Klimavertrag von Paris. Es müssen bereits in diesem Jahrzehnt weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf möglichst 1,5°C zu begrenzen. Das Vermeidungspotential durch den Einsatz modernster Klimaschutztechnologien des Maschinen- und Anlagenbaus wird auf bis zu 86 Prozent der weltweiten Emissionen geschätzt.

Der Maschinenbau ist Lösungsanbieter und steht dafür, aus den großen Megatrends ökonomische Chancen zu machen. Dazu gehören die Kreislaufwirtschaft mit veränderten Produkt- und Produktionsanforderungen, Bottom-up-Entwicklungen im Bereich der klimaneutralen Produktion entlang der Wertschöpfungsketten, die Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien, der Aufbau einer Wasserstoff-Wirtschaft und die Transformation in der Mobilität.

Die neue Bundesregierung ist gefordert, vor allem eine neue Verlässlichkeit zu bieten, um diesen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Entscheidend ist ein technologieoffener und über die Grenzen der Sektoren und Energieträger hinwegreichender politischer Regulierungsrahmen.

Wir fordern daher konkret:

- eine umfassende Reform der energiebezogenen Steuern, Abgaben und Umlagen der Energieträger nach ihrer Treibhausgasintensität pro Energiegehalt.
- eine globale Handelsmöglichkeit mit Emissionsminderungen. Paris sieht entsprechende Mechanismen vor, die bisher unter dem sogenannten Artikel 6 aber als einziges großes Element des Regelbuches noch nicht ausverhandelt sind.
- das regulatorische Design für die Kreislaufwirtschaft sorgfältig zu gestalten. Ziel ist, Innovation und Kreativität nicht zu behindern, Designkontrolle zu vermeiden und gleichzeitig gemeinsame Standards für nachhaltiges Produktdesign und einen gut funktionierenden Sekundärrohstoffmarkt zu etablieren.

Außenwirtschaftspolitik für mehr Handel

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau exportiert trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf globale Handelsströme und die Freizügigkeit im Personenverkehr über 80 Prozent seiner Komponenten, Maschinen und Anlagen. Davon gehen rund 40 Prozent in Länder der Europäischen Union und der Rest in Drittstaaten weltweit. Die größten Exportmärkte sind neben der EU die USA und China.

Weltweit haben protektionistische Tendenzen zugenommen. Abschottung und Local-Content-Anforderungen sind auf dem Vormarsch. Es ist an der Zeit, die deutsche Außenwirtschaftspolitik neu zu denken und aktiver zu gestalten. Dazu gehört der Abschluss neuer Handels- oder Investitionsabkommen durch die Europäische Union oder die Einführung eines Instruments zur Verhinderung der Wettbewerbsverzerrung in der EU durch subventionierte Unternehmen aus Drittstaaten.

Die neue Bundesregierung ist gefordert, die exportierenden Unternehmen stärker zu flankieren und zu unterstützen. Besonders im Wettbewerb mit anderen Industriestaaten muss Außenwirtschaftspolitik strategisch ansetzen und beispielsweise bei der Exportfinanzierung zu mutigen Reformen führen.

Wir fordern daher konkret:

- den Einsatz für ein global eingebundenes Deutschland und Europa. Es geht hier sowohl um die Ratifizierung des CETA- und des Mercosur-Abkommens und zugleich um ein Offenhalten des Investitionsstandorts Deutschland.
- eine Initiative für mehr Resilienz der deutschen und europäischen Wirtschaft gegenüber der Wirkung extraterritorialer Sanktionen von Drittstaaten.
- einen Vorstoß für eine Reform des deutschen Exportfinanzierungssystems, die auch die Anforderungen kleiner und mittlerer Unternehmen berücksichtigt.

Digitalpolitik für mehr Wachstum

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist als Anbieter und Anwender führend in der Entwicklung der Industrie 4.0. Bei uns entstehen digitalisierte Produktionsprozesse nicht nur für den Maschinenbau, sondern auch für andere Industrien. Das macht uns zum ersten Ansprechpartner für Digitalisierung.

Die Digitalisierung hat sich durch die Corona-Krise beschleunigt. Die Digitalpolitik benötigt deshalb in Parlament und Regierung ein größeres Gewicht. Die Industrie braucht effiziente politische Strukturen und kompetente Ansprechpartner. Sie muss ihre Stärken auch in einer digitalen Welt nutzen können, um weiterhin wettbewerbsfähig zu sein.

Die neue Bundesregierung ist gefordert, sich für eine möglichst enge Zusammenarbeit Europas in der Digitalpolitik stark zu machen. Dazu gehören vor allem gemeinsame Cloudinfrastrukturen. Denn nur durch die digitale Souveränität der Unternehmen lässt sich der Wirtschafts- und Produktionsstandort Europa in einer globalisierten Welt sichern.

Wir fordern daher konkret:

- einen zügigen Ausbau der digitalen Infrastruktur, d.h. Aufbau einer zuverlässigen, nationalen 5G-Infrastruktur in der Breite. Deutschland braucht das beste Breitbandnetz der Welt.
- die Sicherstellung des Schutzes von Daten und Know-how entlang der Wertschöpfungskette. Zudem müssen Geschäftspartner die vertragliche Handlungsfreiheit haben, verlässliche Regelungen z.B. zur Nutzung von Daten treffen zu können.
- die Schaffung eines innovationsfreundlichen Ordnungsrahmens. Voreilige Regulierungen wie z.B. zur Künstlichen Intelligenz schnüren Innovationen und somit neue Geschäftsmodelle bereits vor der Marktreife ab.

Steuerpolitik für mehr Investitionen

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau wird als konjunktureller Nachläufer von den tatsächlichen Auswirkungen der Corona-Krise erst mit Verzögerung getroffen. Während andere Industriebereiche heruntergefahren wurden, war es dem industriellen Mittelstand zunächst weiter möglich, seine Auftragsbücher abzarbeiten. Nun geht es darum, die für den Aufschwung notwendige Liquidität zu sichern

Die staatlichen Hilfen im Steuerbereich waren und sind sehr wichtig für die Industrie. Allerdings gehen sie insbesondere, was den Verlustrücktrag angeht, nicht weit genug. Zugleich ist es jetzt an der Zeit, den beginnenden Wiederaufschwung zu flankieren, um die in Deutschland notwendigen Investitionen zu ermöglichen. Dafür brauchen wir konkurrenzfähige Steuersätze, ein systematisches, einfaches Steuerrecht und degressive Abschreibungsmöglichkeiten.

Die neue Bundesregierung ist gefordert, über Reformen im Steuerrecht ihren Beitrag für mehr private Investitionen und damit für mehr Wachstum und Innovation zu leisten. Nur so werden wir Beschäftigung sichern und die enormen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Corona-Krise bewältigen können.

Wir fordern daher konkret:

- die Steuerbelastung für Unternehmen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent zu bringen. Zugleich ist eine Steuerstrukturreform durchzuführen.
- den Verlustrücktrag auf 5 Jahre auszuweiten. Zugleich muss die Mindestbesteuerung abgeschafft, wenigstens aber für die kommenden 5 Jahre ausgesetzt werden, um die Erholung der Unternehmen nicht zu gefährden.
- ein investitions- und innovationsfreundliches Steuerrecht. Dafür müssen dauerhaft attraktive Abschreibungsbedingungen hergestellt werden. Und die steuerliche Forschungsförderung muss auch für größere Unternehmen spürbar ausfallen.

Arbeitsmarktpolitik für mehr Beschäftigung

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist trotz des Rückgangs von über 43.700 Arbeitsplätzen in der Corona-Pandemie mit über einer Million Beschäftigten weiterhin der größte industrielle Arbeitgeber in Deutschland. Insgesamt beschäftigt er in Europa vier Millionen Menschen.

Da mehr als die Hälfte der Maschinenbauunternehmen eine Rückkehr zum Vor-Corona-Umsatzniveau nicht vor 2022 erwartet, ist die verlängerte Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes eine sinnvolle Überbrückungshilfe. Der technologische Wandel in der Automobilindustrie wirkt sich ebenfalls aktuell negativ auf die Beschäftigungssituation aus. Gleichzeitig ist vor allem wegen der Digitalisierung die Fachkräftenachfrage hoch.

Die neue Bundesregierung ist gefordert, alles zu tun, um Beschäftigung zu ermöglichen. Ein flexibler Arbeitsmarkt ist hierfür die wichtigste Voraussetzung. Weitere Regulierungen – z.B. eine Ausweitung der Mitbestimmung oder ein Anspruch auf Homeoffice – wären kontraproduktiv.

Wir fordern daher konkret:

- einen echten Beitrag der Politik zur Fachkräftesicherung. Dazu gehört insbesondere, dass in der Wissensvermittlung – von der Kita bis zur Hochschule – Technik den Stellenwert erhält, wie er einer Industrienation angemessen ist. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss praxisnah umgesetzt werden.
- weniger statt mehr Regulierungen im Arbeitsrecht. Das gilt vor allem für die Zeitarbeit und die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen. Werk- und Dienstverträge dürfen nicht weiter eingeschränkt oder gar verboten werden.
- eine Reform des starren Arbeitszeitrechts, um Betrieben und Beschäftigten größere Gestaltungsspielräume zu geben. Davon müssen auch nicht-tarifgebundene Unternehmen profitieren können (negative Koalitionsfreiheit).

Über den VDMA

Der VDMA ist Interessenvertreter, Dienstleister und Ansprechpartner für über 3.300 überwiegend mittelständisch geprägte Unternehmen und damit der bedeutendste Industrieverband in Europa. Als Plattform von 36 Fachverbänden des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister, von kommunizierenden Maschinen bis zu einer sich selbst organisierenden Logistik.

Mit mehr als einer Millionen Erwerbstätigen, einer Produktion von 199 Milliarden Euro und einem Exportanteil von 81 Prozent ist der Maschinen- und Anlagenbau größter industrieller Arbeitgeber und einer der führenden Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland. Mit Technik für Menschen liefern wir Lösungen für die vor uns liegenden vielfältigen Herausforderungen.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national sowie auf europäischer und internationaler Ebene für seine Mitglieder ein. Er vertritt die Interessen der Maschinenbauindustrie konstruktiv und ist insgesamt dem gesamtwirtschaftlichen Fortschritt in Europa verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich ab aus der Überzeugung, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte die unverzichtbare Basis darstellen für den von Innovationen und Investitionen getragenen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg. Es soll auch in Zukunft attraktiv sein, Unternehmer in Deutschland und Europa zu sein.

#btw21

www.vdma.org/bundestagswahl21

VDMA

Lyoner Straße 18
60528 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 6603-0
Fax +49 69 6603-1511
Internet www.vdma.org

VDMA

Hauptstadtbüro
Friedrichstraße 95
10117 Berlin
Telefon +49 30 306946-0
Fax +49 30 306946-20
E-Mail berlin@vdma.org
Internet <http://berlin.vdma.org>